

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

**Landesbezirk
Berlin-Brandenburg
Landesbezirk Sachsen**

26.09.95 LAUSTH-2Ho/Lö

Die Lausitz als länder- und grenzüberschreitende Brücke in Europa

**Thesen zur Lausitzkonferenz am 5.10.1995 in
Schwarze-Pumpe**

DGB

BfG-Bank AG Berlin
(BLZ 100 101 11)
Konto 1000 200 600

Postbank Berlin
(BLZ 100 100 10)
Konto 508 00-103

So sind wir erreichbar:
U-Bahnhof Wittenbergplatz
Bus-Haltestelle Kleiststraße

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Material

Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirke Berlin-Brandenburg/Sachsen

Einleitung:

Südbrandenburg und Teile Nordsachsens mit dem Lausitzer Braunkohlerevier waren bis 1989 im Bezirk Cottbus eine politische und ökonomische Region. Fünf Jahre nach der Vereinigung ist die Lausitz-Region durch die Ländergrenzen von Brandenburg und Sachsen politisch und administrativ neu abgegrenzt:

Die drei Brandenburger Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße sowie die Stadt Cottbus und die sächsischen Landkreise Hoyerswerda, Kamenz und Niederschlesischer Oberlausitzkreis sind heute Nachbarn nahe der Ländergrenze Brandenburg/Sachsen.

Vor dem Hintergrund der enormen wirtschaftlichen Umwälzungen und Strukturbrüche in der Region muß gefragt werden, welchen Weg die neuen Nachbarn in den letzten fünf Jahren gegangen sind, um die wirtschaftliche Gesundung einzuleiten, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, um die Region als Einheit zu gestalten. Dabei ist auch zu fragen, ob und wie die politisch getrennten Wege und unterschiedlichen Strategien beider Landesregierungen im Bereich der Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen erreicht haben. Letztlich ist zu prüfen, ob hier in der Lausitz nicht getrennt wurde, was zusammengehört.

Für die Gewerkschaften gilt: Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik kann nicht an administrativen Grenzen (Ländergrenzen) enden, wenn "strategische Kooperationen" sinnvoll und erfolgreich sein könnten.

Hypothese und Anlaß der Konferenz:

Fünf Jahre Spaltung der Region Lausitz durch die Landesgrenze zwischen Brandenburg und Sachsen haben bei den regionalen Akteuren, den Institutionen und politisch Verantwortlichen zu jeweils länderspezifischen Ansätzen und Instrumenten in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik geführt. Alte Kooperationsbezüge zwischen regionalen Akteuren und Institutionen sind heute in der Region nur selten wiederzufinden.

Sächsische und brandenburgische Kommunen, Landkreise, Arbeitsämter, Wirtschaftsfördergesellschaften gestalten ihre Politik jeweils im Rahmen und "unter dem Dach" ihrer Landesbehörden. Dort, wo eine ländergrenzenüberschreitende Kooperation im Interesse der Regionalentwicklung sinnvoll wäre, trennt die Landesgrenze. Unterschiedliche Zuständigkeiten werden zum Entwicklungshemmnis. Dies gilt sowohl für die infrastrukturelle Ausstattung der Region, z. B. in den Bereichen Wohnungswesen, Wasserversorgung, Verkehr oder produktionsnahe Dienste, für die Sicherung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Lausitz an der Grenze zu Polen als auch für die

Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirke Berlin-Brandenburg/Sachsen

Arbeitsmarktpolitik. Gerade hier kommt es den Menschen in der Region weniger darauf an, ob ihr Arbeitsplatz in Brandenburg oder Sachsen liegt. Wichtig ist vielmehr, überhaupt einen Arbeitsplatz in der Region, in Nähe des Wohnortes zu haben.

Die Gewerkschaften in Sachsen und in Berlin-Brandenburg gehen davon aus, daß eine verstärkte Kooperation politischer Akteure und Institutionen in der Lausitz über die Landesgrenzen hinweg wichtige Impulse für eine effektivere Gestaltung und Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen bringen kann. Hierzu müssen die Rahmenbedingungen von den beiden Landesregierungen geschaffen werden. Es ist aber auch der Dialog, die Kooperation und eine konkrete Zusammenarbeit zwischen den regionalen Akteuren notwendig. Dafür setzen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ein.

These 1:

Die Gemeinsamkeiten Südbrandenburgs und Nordostsachsens in der wirtschaftsgeographischen Lage, der Wirtschaftsstruktur und regionalen Standortqualität legen eine verstärkte Kooperation und Koordinierung der Strategien für die Entwicklung der Region Lausitz nahe.

These 2:

Die wirtschaftlichen Strukturen (große Bedeutung der Energiewirtschaft) sowie die Beschäftigtenstrukturen, die die Lausitz in der Vergangenheit zu einer Region geprägt haben, sind auch heute noch deutlich wirksam. Sie bestimmen in beiden Landesteilen die entscheidenden Problemlagen, aber auch wichtige Entwicklungspotentiale. Diese Potentiale müssen für die Zukunftsgestaltung der Region kooperativ revitalisiert und modernisiert werden.

These 3:

Auch die Lausitz kann sich dem Trend zur Internationalisierung nicht entziehen. Wirtschafts- und strukturpolitisches Handeln löst sich so zunehmend aus dem nationalen Zusammenhang heraus und erfordert starke kommunale bzw. regionale Einheiten. Kleinräumige Konkurrenz (Kirchturmpolitik) zwischen Gemeinden und/oder Landkreisen können den neuen Wettbewerbsanforderungen nicht mehr gerecht werden. Deshalb ist es erforderlich, die **Herausbildung einer Region Lausitz** zu beginnen, in der u. a. Fragen der Verkehrsplanung, der regionalen Strukturpolitik, der Wirtschaftsförderung, der Abfallwirtschaft, des Flächenmanagements, der regionalen Beschäftigungspolitik von den Gemeinden und Kreisen gemeinsam und nicht in Konkurrenz zueinander bearbeitet werden.

Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirke Berlin-Brandenburg/Sachsen

These 4:

Zur Entwicklung der Region ist ein "**Leitbild Lausitz**" notwendig. Im Sinne eines Strukturkonzeptes müssen damit die beschäftigungs- und wirtschaftspolitischen Ziele und Strategien formuliert sein. Die Innovations- und Arbeitsmarktoffensive des Freistaates Sachsen bietet hierfür Ansatzpunkte. Das vom brandenburgischen Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie vorgelegte "Strukturkonzept Lausitz" benennt hierzu wichtige Ziele. Als "Mehr-Wege-Strategie" kommt es darauf an, die vorhandenen endogenen Potentiale im Bereich der Energiewirtschaft zu modernisieren und zu diversifizieren. Ein deutlich zu verstärkender Industriebesatz in den Branchenbereichen Chemie, Glas, Elektro, Baustoffe, Umwelttechnologie ist als Kristallisationspunkt für eine Ausweitung der produktionsorientierten Dienstleistungen anzuerkennen. Die Pflege und Stärkung von Forschung, Entwicklung und Wissenschaft ist dabei eine wichtige Unterstützung. Wichtiger Ansatz für eine erfolgreiche Perspektive zur Neugestaltung industrieller Arbeitsplätze im Rahmen einer sektoralen Strukturpolitik sind die Bereiche Energie- und Umwelttechnik.

Ein grenzübergreifendes regionales Leitbild "Energiregion" schafft Zielorientierung für institutionelles Handeln, bündelt die Fördermaßnahmen und bewirkt Synergieeffekte.

These 5:

Eine wirkungsvolle Strukturpolitik muß kooperativ, regionalisiert und arbeitsorientiert sein. Zur Gestaltung einer lebenswerten Region Lausitz sind die strukturpolitischen Aktivitäten beider Landesregierungen zu regionalisieren, d. h. die Kompetenz der regionalen Akteure und Institutionen ist zu stärken. Die Arbeitsorientierung der Strukturpolitik muß ihr integraler Bestandteil sein. Nur so sind die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Region wirksam zum Inhalt strukturpolitischer Konzepte und Maßnahmen zu machen. Hierbei ist die Kooperation der unterschiedlichen regionalen Akteure wichtige Voraussetzung. Erfolg und Sinnhaftigkeit strukturpolitischer Aktivitäten sind daher ganz wesentlich von der Beteiligung der Gewerkschaften abhängig.

Die Einrichtung eines grenzüberschreitenden **regionalen Entwicklungs- und Kooperationsrates** unter Beteiligung der Gewerkschaften fördert eine zukunftsweisende Regionalentwicklung Lausitz.

These 6:

Eine Kompetenzstärkung der regionalen Akteure im Bereich der Wirtschaftsförderung ist notwendige Voraussetzung für einen effizienten Mitteleinsatz und eine verzahnte Förderung von wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Investitionen. Eine gemeinsame regionale Institution, z. B. **Beschäftigungs- und Wirtschaftsfördergesellschaft Lausitz**, die grenzüberschreitend agiert, erhöht die Chance bei der Inve-

Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirke Berlin-Brandenburg/Sachsen

storensuche und Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen, sie hilft bei der Realisierung grenzüberschreitender Projekte, sie vermindert die Ansiedlungs- und Abwerbkonkurrenz zwischen Sachsen und Brandenburg. Eine kooperative und grenzüberschreitende Wirtschaftsförderung hilft zudem, die Flächenpreise, die Gewerbesteuerhebesätze etc. als kleinräumiges Konkurrenzinstrument zu entschärfen und bisher negative Effekte für die Finanzen der Gebietskörperschaften zu vermeiden. Die bereits bestehende Wirtschaftsfördergesellschaft Hoyerswerda/Spremberg ist hierfür gutes Vorbild.

Ergänzend hierzu ist ein Regelungs- und Ausgleichsmechanismus für und zwischen den Institutionen bzw. Gebietskörperschaften einzurichten, mit dem z.B. die Steueraufkommen und/oder Finanzierungslasten kooperativ gestaltet werden (Gewerbesteuerpool).

These 7:

Die Region Lausitz zeigt im sächsischen wie im brandenburgischen Teil auch 1995 eine dramatische Unterbeschäftigung. Rund 30 % der Erwerbspersonen finden derzeit in der Region keinen Erwerbsarbeitsplatz, d. h. in der brandenburgischen Lausitz fehlen rund 87.000 Erwerbsarbeitsplätze, im sächsischen Teil wird das Arbeitsplatzdefizit mit 100.000 beziffert.

Neben einem verstärkten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in der Region kommt es zudem darauf an, bisherige Restriktionen zu beseitigen:

- ⇒ Alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in der Region müssen sowohl für brandenburgische als auch für sächsische "Landeskinder" zugänglich sein. Die jeweils verfügbaren Landesmittel zur Kofinanzierung müssen grenzüberschreitend eingesetzt werden können.
- ⇒ Die Zuweisungen von Arbeitslosen bzw. der von Arbeitslosigkeit Bedrohten in Maßnahmen durch die jeweiligen Arbeitsämter sind grenzüberschreitend zu realisieren.
- ⇒ Die derzeit bestehenden programmatischen Unterschiede in den Landesförderungen sind für eine produktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik schädlich. Für die Region Lausitz sind Programmatik und Förderphilosophie beider Länder anzugleichen.

These 8:

Auch in der Lausitz konnte bislang die Qualifikation der Arbeitskräfte als bedeutendes endogenes Potential veranschlagt werden. Mit der Erweiterung des Sockels Langzeitarbeitsloser wächst jedoch die Gefahr, daß dieses Potential kontinuierlich entwertet wird. Der bisherige positive Standortfaktor Bildung und berufliche Kompetenz droht zu einem Engpaß der regionalen Entwicklung zu werden. Nur durch verstärkte Initiativen beider Landesregierungen im Bereich der beruflichen Bildung und Qualifikation sowie einer Stärkung der regionalen Bildungsträger ist ein drohender Kompetenzverlust in der Region zu verhindern.

Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirke Berlin-Brandenburg/Sachsen

These 9:

Die Beschäftigungsgesellschaften (einschließlich LAUBAG und BUL) sind aufgrund ihrer arbeitsmarktpolitischen Funktionen zu stabilisieren. Die Tätigkeitsfelder vieler Beschäftigungs- und Arbeitsfördergesellschaften erschließen wichtige Bereiche der Regionalentwicklung, wie z.B. Rekultivierung, Umweltschutz, Landschaftsgestaltung, Umwelttechnik etc.. Damit diese Gesellschaften zukünftig nicht zu "Aufbewahranstalten" werden, müssen deren innovativen Ansätze zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Flankierung des Strukturwandels weiterhin gefördert werden. Damit diese neuen Betriebsstrukturen eine realistische Perspektive bekommen, d. h. "marktfähig" werden können, bedarf es auch einer koordinierten und massiven Förderung beider Landesregierungen.

These 10:

Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann nicht erzwungen werden. Die bisherigen länderspezifischen brandenburgischen und sächsischen Lösungen in der Region erwiesen sich jedoch in den letzten fünf Jahren als unzureichend. Die Umstrukturierung der Wirtschaftsregion Lausitz wird noch weit in die Zukunft reichen. Die Zeit einer regionalisierten, grenzüberschreitenden Struktur- und arbeitsmarktpolitik muß jedoch heute beginnen.

Dafür sind **staatsvertragliche Regelungen** zwischen Sachsen und Brandenburg erforderlich. Die jeweiligen Ländergesetze (z. B. Sächsisches Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit vom 21.09.1993) müssen den Kommunen und Landkreisen die Rahmenbedingungen zur Kooperation bieten. Besonders dringlich sind solche Vereinbarungen für die Konzipierung, Ausgestaltung und Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung in der Lausitz. Solche staatsvertraglichen Vereinbarungen zwischen den Landesregierungen Sachsens und Brandenburgs können jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn gleichzeitig die regionalen Akteure gemeinsam grenzüberschreitende und vernetzte wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Initiativen betreiben. Dem DGB und seinen Gewerkschaften kommt hierbei eine wichtige Gestaltungsaufgabe zu.